

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/AVII/259

Bonn, den 28. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Fehleinschätzung

47

Zum Brief Chruschtschows an Aderauer

1a

Ungebrochener Sparwille

35

Eine erfreuliche Feststellung

2 - 3

Schlecht begonnen - gut beendet

83

Rückblick auf ein folgenschweres Jahr
Von unserem Korrespondenten in den USA

4 - 6

Die Drohung Rotchinas liegt über Asien

122

Mao Tse-tungs Sprung nach vorn
richtet sich auch gegen die Sowjets
Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Chefredakteur Günter Markscheffel

- 1 -
Fehleinschätzung

Zum Brief Chruschtschows an Adenauer

sp - Der Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow an Bundeskanzler Dr. Adenauer enthält so viele falsche Unterstellungen, Fehleinschätzungen und sogar Unwahrheiten, daß man sich unwillkürlich fragen muß, ob die Verfasser dieses Schreibens nicht zu dem Kreis des vor kurzem wegen seiner falschen Berichterstattung über die sogenannte DDR von seinem Ostberliner Botschafterposten abberufenen Botschafters Perwuchin gehören. Ausserdem muß man sich fragen, ob der Absendungstermin nicht eine Spätzündung ist, denn mehrere von Chruschtschow aufgestellte Behauptungen finden sich weder in anderen offiziellen Stellungnahmen Moskaus der jüngsten Zeit, noch in den "Papieren", die zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Regierung der Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten bei den Gesprächen über die Lösung der Berlinfrage gewechselt wurden.

Wenn Chruschtschow zum Beispiel schreibt, für die Mehrzahl der Zwischenfälle an den Grenzen Westberlins seien "subversive Elemente aus Westberlin und Westdeutschland verantwortlich", dann ist diese Behauptung entweder das Ergebnis einer falschen Berichterstattung über die tatsächlichen Vorgänge an der Mauer, oder eine bewusste Verdrehung von Tatsachen.

Die Mauer wurde ja nicht vom Westen errichtet, sondern von Ulbricht und die Menschen, auf die von der "Volkspolizei" geschossen wird, flüchten ja nicht vom Westen in den Osten, sondern umgekehrt.

Wenn Chruschtschow den Abzug der westlichen Truppen aus Westberlin und deren Ersetzung für eine vorübergehende Zeit durch UNO-Truppen fordert, setzt er sich in Widerspruch nicht nur zur Auffassung der Bundesregierung, sondern auch zu dem feierlich deklarierten Rechtsanspruch der westlichen Alliierten, die die Anwesenheit ihrer Gruppen aus einer ganzen Reihe von Vereinbarungen herleiten, die mit den Sowjets getroffen wurden.

Das ganze Dokument - wenn man es als solches bezeichnen kann - ist so konfus, daß unwillkürlich der Eindruck entsteht, als sei es das Ergebnis interner Auseinandersetzungen im sowjetischen Ausserministerium, bei denen die Freunde Ulbrichts und Perwuchins vorübergehend die Oberhand gewonnen haben. Chruschtschow selbst hat nämlich bei anderen Gelegenheiten, zum Beispiel noch vor kurzem während der Kuba-Krise, eine so realistische Haltung an den Tag gelegt, daß sich aus diesem seinem Verhalten und dem jetzigen Brief an Adenauer eklatante Widersprüche ergeben.

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, wie Bonn diesen Brief Chruschtschows zu behandeln hat. Geht man - neben allen anderen Irrtümern Chruschtschows und möglichen Pannen im Moskauer Ausserministerium - davon aus, daß nur die Geschlossenheit des Westens auch diesen erneuten Angriff des Krenichs auf die Bundesrepublik abwehren kann, dann muß sich der Bundeskanzler sehr anstrengen, um nicht den Eindruck des Mangels an Geschlossenheit entstehen zu lassen. Gerade in jüngster Zeit wären in diesem Zusammenhang einige Ereignisse zu erwähnen, die möglicherweise Chruschtschow dazu verleiten könnten, nicht an die Geschlossenheit des Westens zu glauben...

28. Dezember 1962

Ungebrochener Sparwille

Ist unser Volk wirklich so verschwundungsüchtig und auf Ge-
nuß ausgehend, wie es sogar manche Minister der Bundesregierung behaupten?
Ist es in den Tag hinein, ohne Gedanken an die Zukunft? Gewiß trifft dies für einige Glieder unseres Volkes zu. Es gibt viel Frotzerei, und wer die Gelegenheit wahrnimmt, das Treiben mancher bundesrepublikanischer Bürger in in- und ausländischen mondänen Urlaubsorten aus nächster Nähe zu betrachten, den beschleicht ein Gefühl der Beschämung. Soviel Aufwand, soviel zur Schau gestellter Reichtum. Diese Menschen, auch wenn sie über gefüllte Brieftaschen verfügen, gehören nicht zur Elite der Nation. Sie sind nicht repräsentativ für unser Volk. Die Masse der Bundesbürger bleibt davon unberührt, sie hegt und pflegt andere Ideale, sie ist im Grunde genommen kerngesund geblieben. Sie lenkt an das Morgen und richtet sich für die Wechselfälle des Lebens ein. Ein beträchtlicher Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen kommt den Sparkassen zugute.

Eine zu kühne Behauptung? Für viele mag die Feststellung des Hauptgeschäftsführers der Deutschen Sparkassen überraschend sein, daß in dem nun zu Ende gehenden Jahr die Spareinlagen in der Bundesrepublik um 5,6 Milliarden zugenommen haben. Das entspricht einer Steigerung von 16 Prozent. Ein solcher Zuwachs in dieser Höhe war noch in keinem Jahr der Nachkriegszeit zu verzeichnen. Zwei Inflationen hat unser Volk innerhalb einer Generation hinnehmen müssen. Millionen Menschen haben dabei ihr Geld verloren, doch der Sparwille ist bei alledem ungebrochen geblieben. Dies widerlegt alle törichten Behauptungen von der wachsenden Vergnügungssucht unseres Volkes. Wer spart, denkt und glaubt auch an eine gesicherte Zukunft, er hat Vertrauen zu ihr. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden. Es ist ein Kapital, von dem wir alle zehren, und ein Zeichen gesunder Volkswirtschaft. Für den Gesetzgeber liegt gleichzeitig darin die Aufforderung, alles zu vermeiden, was das Vertrauen zum angelegten Sparkapital zu erschüttern vermag. Wir brauchen eine stabile, in sich gefestigte Finanzpolitik, und damit inbegriffen die Bekämpfung aller inflationären Erscheinungen. In dieser Richtung muß einiges geschehen, man braucht nur an die Entwicklung der Baupreispreise zu denken.

+ + +

Schlecht begonnen - gut beendet

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Ende Dezember

Präsident Kennedy rückte sich in seinem Schaukelstuhl zurecht, blickte die drei Reporter der grossen amerikanischen Fernsehnetzwerke, denen er seinen grossen Bericht über "Zwei Jahre im Weissen Haus" als Bilanz für die eigene Öffentlichkeit vortrug, schmunzelnd an und sagte: "Ich glaube, das amerikanische Volk kann an diesem Jahreswechsel mit sich und seinen Leistungen zufrieden sein. Wir haben Chruschtschows Vorstoß zurückgedrängt, wir haben ihn zu Vorsicht und Zurückhaltung gezwungen, wir sind militärisch stark genug, um uns und unsere Freunde und Verbündete zu schützen, und wir haben, was einzig in der Geschichte ist, eine Million Soldaten im Ausland stationiert, die nicht als Feinde und Eroberer gekommen sind, sondern als Freunde und Verteidiger. Wir können wohl zufrieden sein...."

Vielleicht wird der ausländische Zuhörer dieser Worte des amerikanischen Präsidenten ein wenig verwundert den Kopf geschüttelt haben, denn gerade zu dem Zeitpunkt, als Kennedy so sprach, kehrten Staatssekretär Rusk und Verteidigungsminister McNamara praktisch unverrichteter Sache vom Pariser Treffen des NATO-Rates zurück, die Frage der europäischen Atombewaffnung hing nach wie vor ungelöst in der Schwebe, die atlantische Allianz sah wieder einmal arg zerzaust und zerfallen aus, und der britische Ministerpräsident packte ein umfangreiches Aktenstück, das die Aufschrift "Skybolt" trug, in seinen Koffer und rüstete sich zum Abflug nach Nassau auf den Bahama-Inseln, wo er den Präsidenten treffen wollte. Das Ende des Jahres sah also keineswegs so eindeutig erfreulich aus, wie der Präsident es darstellte.

Ingerechtfertigte Schwarzseherei

Trotzdem wird man - erleichtert und entspannt - im Ergebnis dem Präsidenten recht geben dürfen, auch wenn hier und da in europäischen Regierungen die Zukunftsprognosen etwas zurückhaltender geäussert werden oder sogar gelegentlich bewusst Schwarzseherei betrieben wird.

Als Beweis braucht man den deutschen Leser nur daran zu erinnern, wie sich im Laufe der jetzt vergangenen zwölf Monate die Berlinkrise entschärft und abgekühlt hat: von der unmittelbaren, ultimativ proklamierten und mit immer neuen Drohungen und Terminstellungen begleiteten Gefahr, vor der Westberlin und die ganze freie Welt zu Beginn dieses Jahres standen, bis zu den gedämpften und fast bittend-bescheiden gewordenen Erklärungen zum Berlinproblem, die im Laufe des Monats Dezember aus dem Osten, vor allem aus dem Munde Gromykos, zu uns drangen. Das ist unbestritten eine erhebliche Veränderung zum Guten, die man naturgemäß und wohl mit vollem Recht in erster Linie auf die Schlussfolgerungen zurückführen darf, die Moskau aus seinem schief gegangenen kubanischen Experiment zu ziehen hatte.

Oder man betrachte eine zweite Beweisreihe. Im September trat wie jedes Jahr die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu ihrer ordentlichen Jahresversammlung zusammen. Sie begann so explosiv wie irgend-

möglich, mit einer ganzen Serie sowjetischer Propagandavorstöße gegen die USA und frühere Kolonialmächte, mit der getührenden Zahl von Seitenhieben gegen die "militaristische" Bundesrepublik und das "Spionagenest" West-Berlin. Dann aber kam die Kuba-Krise, der Zurückzieher Chruschtschows und die neue Ära sowjetischer "echter" Bereitschaft zur Zusammenarbeit: die Propaganda-Anträge, mit denen man die öffentliche Meinung der farbigen Länder aufputschen wollte, wurden sang- und klanglos zurückgezogen, Moskau stimmte der Wahl U Thants zum Generalsekretär auf vier Jahre zu, ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen über technische Zusammenarbeit in der Weltraumforschung wurde sozusagen über Nacht fertiggestellt und unterzeichnet, und von Berlin wurde nicht mehr gesprochen, auch nicht von den sonst so übereifrigen Delegierten der osteuropäischen Satellitenstaaten.

In den richtigen Proportionen sehen

Kun ist freilich zuzugeben, daß die nachkubanische Entwicklung den hochgespannten Erwartungen, die man an Kennedys kubanischen Erfolg knüpfte, nur zum Teil gerecht wurden. Die Prophezeiung, daß nunmehr angesichts der sowjetischen Niederlage in Kuba und Moskaus verzweifelten Bemühungen, nunmehr eine "echte" Entspannungspolitik zu treiben, der Abschluss eines Abkommens über die Einstellung weiterer Atomwaffentests praktisch vor der Tür stehe, hat sich nicht erfüllt; die "Skybolt"-Krise hat einen Schatten auf die amerikanisch-britischen Beziehungen geworfen, der trotz aller Beschönigungsversuche offenbar nicht ganz beseitigt werden konnte. Die erneute Zuspitzung der Lage im Kongo mit der Gefahr einer endlosen militärischen Katastrophe gegen Katanga gilt in New York und Washington darum als besonders ernst, weil jetzt wiederum die Sowjetunion im Herzen Afrikas einen Brückenkopf zu errichten sucht und in monumentaler - aber den Moskauer Praktiken durchaus entsprechender - Frontschwengung eine Zweckallianz mit dem "Antikommunisten" Moïse Tschombe abgeschlossen zu haben scheint.

Freilich wird jedermann, der nicht gerade ein krankhafter Pessimist ist, diese Dinge in den richtiger Proportionen sehen und dann im Ergebnis doch Präsident Kennedys Befriedigung teilen. Die Bilanz des Jahres 1961 - des Jahres, in dem die Berliner Mauer errichtet wurde - hatte gezeigt, daß Unentschlossenheit gleichbedeutend ist mit Wasser auf die Mühlen Moskaus.

Die Bilanz des Jahres 1962, in dem Chruschtschow das kubanische Experiment einleitete, hat umgekehrt deutlich gemacht, daß Entschlossenheit und Tatkraft neue Wege in der internationalen Politik öffnen können.

+ + +

Die Drohung Rotchinas liegt über Asien

Mao Tse-tungs Sprung nach vorn
richtet sich auch gegen die Sowjets

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent E.E.Koch hat 1962 ausgedehnte Reisen durch den asiatischen Kontinent unternommen; er besuchte die Unruheherde in den Dschungeln Cochinchinas, Laos, Kambodja, Thailand, die Kampfzonen in den Himalayas, Azad Kashmir und Yagistan, das "Land der Rebellen" zwischen dem Hindkush und Pamiren. Er weilte auch in Kuantung, im Süden Chinas, und an den Grenzen des geheimnisvollsten Landes der Volksrepublik, in Hunza, dicht vor Sinkiang. Der folgende Bericht zieht ein Fazit der Lage.

Die Redaktion

Vor einigen Monaten sprach ich in Macao mit dem Ständigen Residenten der Volksrepublik China, dessen Amtssitz wie so manches Gebäude der portugiesischen Provinz auf dem chinesischen Festland die rote Fahne mit fünf gelben Sternen trägt. Die Unterhaltung berührte die geheime Unabhängigkeitsbewegung auf Formosa. Der kommunistische Delegierte unterbrach mich sogleich. "Formosa?", er lächelte, "Sie meinen Taiwan!" Dann fuhr er fort: "Was würden Sie und das deutsche Volk sagen, wenn Ihr Kaiser 1918 auf Rügen eine Regierung des Nationalen Deutschlands eingerichtet hätte?" Ich schwieg verblüfft ob dieser Argumentation, die den Anspruch Rotchinas auf das "Terrassenland" klarmachte. Der Funktionär stellte weiter fest: "Wir werden mit den Vereinigten Staaten von Amerika nicht eher eine Verständigung finden, bis sie die Kuomintang zur Räumung der Insel veranlassen."

Einige Tage später sah ich die Volkskommune Chum Shun; sie liegt dicht hinter dem Grenzübergang Lo Wu, ungefähr zwei Meilen jenseits der "New Territories" von Hongkong. Der stellvertretende Kommandeur hatte mich durch einige Gebäude der Renomier-Kooperative geführt. "Unsere sechzehn Garantien", erklärte er, "geben den Menschen ihr Leben lang Sicherheit". Dann zählte er das auf, was er "soziale Leistungen" nannte, am Anfang die "kostenlose Geburt", am Ende das "kostenlose Begräbnis" und dazwischen "zwölf kostenlose Hahnschnitte im Jahr." "Und die Miliz", fragte ich, "die Miliz hält die Kommune Chum Shun zusammen?" Seine Antwort: "Ja, und die Stärke der Miliz der Volksrepublik liegt darin, dass in ihr zwanzig Millionen überzeugte Kommunisten dienen. Die Partei, die Volksbefreiungsarmee und die Miliz sind die Bannerträger der kommunistischen Revolution in China, und Sie dürfen sich darauf verlassen: sie werden die alten Grenzen unseres Staates wiederherstellen!"

Der Griff über die Grenze

Die "alten Grenzen" Chinas sind einigermaßen unklar. Nach einer Karte der Mandschu-Administration des Reichs der Mitte schliessen sie im Süden der McMahon-Linie rund neunzigtausend Quadratkilometer des

Territoriums ein, das Indien sein Hoheitsgebiet nennt. Ein Beispiel unter zahlreichen anderen: auch diese "Grenzen" Chinas südlich der Molichon-Linie waren zumindest während des letzten Jahrhunderts keine "Verwaltungsgrenzen" mehr. Das gleiche gilt für Ladakh. Gewiss, die Gesamtheit dieser Gebiete hat sich vor den Opium-Kriegen innerhalb der Machtsphäre der mongolischen Kaiserdynastie befunden. Gemäss dieser Argumentation könnte Rotchina auch Nepal unter seine Hoheit zwingen, das immerhin noch 1908 eine "Tribut-Karawane" nach Peking entsandte und seit 1792 alle fünf Jahre die ihm auferlegten Vasallenleistungen vollzogen hatte. Bhutan und Sikkim standen in ähnlicher Lehenspflicht.

Bedeutete nun die überraschende Aggression der Volksbefreiungsarmee im Westen und Osten des Himalaya - Massive und der ebenso überraschende Rückzug vor dem Anbruch des schärfsten Winters nur eine militärische Demonstration, die sich gegen Indien und die erwähnten Randstaaten an den Hängen der Schneeberge richtet? Will Peking durch die geballte Faust eine Serie von Grenzdiktaten erzwingen, die den offen und insgeheim angebotenen Verhandlungen in Peking folgen würden? Man sollte jedenfalls Chinas Operationen nicht einer unüberlegten Handlung gleichsetzen oder den Kommunisten "erhste Versorgungsschwierigkeiten" ihrer Streitkräfte unterstellen. Zweifellos sind die Endpunkte der Verbindungsstrassen zu den westlichen Kernprovinzen der Volksrepublik mehr als zweitausend Kilometer von Himalaya entfernt; aber Tibet, das rote Dach der Erde, liegt unmittelbar über den Frontlinien. Niemand wird bezweifeln, dass diese "Aussenprovinz" ein chinesisches Waffenarsenal bildet, das jeglicher im Gebirgskrieg möglichen Anforderung entsprechen kann.

Diplomatische Grossoffensive

Unterdessen feuert die rote Propaganda aus allen Rohren auf die diplomatischen Kanzleien der Staaten Asiens und vor allem auf jene des Südostens. Danach will "das grosse Mutterland China" seinen Nachbarn in unvergleichlicher Friedensliebe nur einen Dienst erweisen, wenn es "zur Vertiefung der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen die bisher nicht gelösten Grenzfragen bereinigt".

Die kaum verhüllten Drohungen gelten den Reichen Hinterindiens und selbst dem sowjetischen Protektorat "Äussere Mongolei"; sie sind an Burma sowohl wie auch an Thailand gerichtet. In gleicher Weise sollen sie die Menschen Südvietsams und Südkoreas erschrecken. Der Lebensraum des Reichs der Mitte erstreckte sich vor hundert Jahren noch bis zum Delta des Mekong, von Korea gar nicht zu reden, dessen Könige Statthalter der Mandchu waren. Dazu kommt, dass für die Völker Südostasiens das Beispiel von Laos nicht ermutigend wirkt. Der Westen hat seine Partio im "Land der Millionen Elefanten" räumen müssen. Die Pathet Lao-Soldateske beherrscht den Dachungelstaat ungeachtet aller Neutralitätswerteissungen der Zweiten Genfer Konferenz. In Südvietsam geht die kommunistische Infiltration ohne Unterlass weiter. Südkorea stöhnt unter der Last von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, einem Zehntel seiner Bevölkerung. Rotchina meint, dass es die Gunst aller Umstände nutzen müsste. Es hat auch die Unterwanderung Thailands ein Jahrzehnt betrieben. Sechzig Prozent der Einwohner Bangkoks sind Chinesen. Die Volksrepublik will den Südosten in den "Neutralismus" zwingen, und aus ihm würden sich "Volksdemokratien" erheben. So sieht das Kalkül der Machthaber in Peking aus. Ihre Offensive im Himalaya entspricht durchaus auch diesen Berechnungen.

Pakistan und Peking

Im gleichen Sinne werden die Verhandlungen mit Pakistan zur Grenzziehung zwischen Sinkiang und Kashmir ausgewertet. Präsident Ayub Khan kommentierte sie im Laufe eines Gesprächs, das ich mit ihm führte: "Indien hat mit den Aggressionen im Himalaya begonnen. Nehru sollte sich nicht über die Antwort der Chinesen wundern. Er hat auch Pakistan seit fünfzehn Jahren ununterbrochen bedroht und ebenso lange sein feierlich gegebenes Ehrengewort zur Lösung der Kaschmir-Frage durch eine Volksabstimmung nicht eingelöst. Wir kamen jedoch mit der Volksrepublik China in der Demarkierung unserer Grenzen überein und konnten ein freundschaftliches Verhältnis zueinander finden. Indien würde den Frieden auf dem Subkontinent sofort herstellen; wenn es mit China über die strittigen Probleme eine Einigung herbeiführen und in Kashmir das Recht der Muslime auf die Selbstbestimmung ihres Schicksals beachten wollte."

Rotchina spiele diesen Trumpf unter den Völkern Asiens aus. Es wolle den Frieden und habe der indischen Überheblichkeit einen Denkzettel erteilt. Nicht die Volksrepublik China, vielmehr Indien betreibe gegenüber seinen benachbarten Völkern eine imperialistische Politik der Einschüchterungen.

Ansprüche gegen Moskau

Den Vereinbarungen mit Pakistan folgte eine Einladung Tschou En-lai an die "Volksrepublik Äußere Mongolei"; ihre Beauftragten sollen in Peking alsbald wegen einer genauen Festlegung der Grenzen zu China unterhandeln. Unmittelbar danach veröffentlichte Peking Landkarten, die darlegten, dass auch die Sowjetunion von Teilen Sinkiangs und in den Gebieten am Amur Besitz ergriffen habe, die chinesische Territorien seien. China brachte damit den Landraub der Zaren in Erinnerung. Lenin hatte in seinem "Manifest an den Osten" vor vierzig Jahren die Rückgabe der "widerrechtlich aneigneten Aneignungen" versprochen. Peking meldete also seine entsprechenden Ansprüche an. Ob sie ernst gemeint sind, mag dahingestellt bleiben. In jedem Falle werden sie ihren Eindruck auf die Völker Asiens nicht verfehlen. Mehr denn je fühlt der Kontinent des Ostens zu Beginn des Jahres 1963 die Macht und Drohung Rotchinas.